

Die AfD – früher wirtschaftsliberal, heute antikapitalistisch

Stand: 15:00 Uhr

Von Rainer Zitelmann



AfD-Parteitag in Magdeburg: Delegierte geben hinter Pappschildern ihre Stimmen ab

Quelle: dpa

Am Anfang gaben bei der AfD strikte Verfechter der Marktwirtschaft wie Olaf Henkel den Ton an. Inzwischen propagieren zunehmend einflussreiche Teile der Partei einen „Sozialpatriotismus“. Auch Verstaatlichungen sind möglich. Da gibt es kaum noch Unterschiede zu radikalen Linken.

Als die AfD gegründet wurde, spielten Wirtschaftsliberale eine starke Rolle. Ein Beispiel ist der ehemalige BDI-Präsident Olaf Henkel

(</politik/deutschland/article123868227/Warum-Hans-Olaf-Henkel-der-AfD-beigetreten-ist.html>), einer der vehementesten Verfechter der Marktwirtschaft in Deutschland. Henkel trat im Januar 2014 der AfD bei und wurde auf Platz zwei der Kandidatenliste zur Europawahl 2014 nominiert und zu deren stellvertretendem Sprecher gewählt. Später trat er – so wie viele andere Wirtschaftsliberale, z.B. der Wirtschaftswissenschaftler und EU-Abgeordnete Professor Joachim Starbatty (</politik/deutschland/article158094355/Die-Wut-der-alten-Maenner-auf-Angela-Merkel.html>) – enttäuscht aus der Partei aus.

Der Austritt des ehemaligen Parteivorsitzenden Jörg Meuthen und die Wahl von Björn Höckes Wunschkandidat Maximilian Kraus als Spitzenkandidat für die Europawahl markierten weitere

Meilensteine in der Abkehr der AfD von wirtschaftsliberalen Prinzipien, auch wenn sich diese noch im offiziellen Parteiprogramm finden.

Höcke steht für den „Sozialpatriotismus“ und Antiamerikanismus, eine Mischung, die besonders in den neuen Bundesländern erfolgreich ist. Nicht zufällig sind viele ehemalige Linke-Wähler im Osten zur AfD übergelaufen.

Der rechte Antikapitalismus findet eine theoretische Fundierung durch Autoren wie Benedikt Kaiser oder Götz Kubitschek (</kultur/article155766994/Der-Verleger-der-Neuen-Rechten-auf-seinem-Rittergut.html>). Eine WELT-Recherche zeigte: Kaiser ist seit diesem Jahr als wissenschaftlicher Mitarbeiter beim AfD-Bundestagsabgeordneten Jürgen Pohl angestellt. Zuvor sei Kaiser in der freien Kameradschaftsszene in Sachsen aktiv gewesen.

Mehrere Fotos zeigen ihn im Umfeld der später verbotenen „Nationalen Sozialisten Chemnitz“ sowie auf Demonstrationen der rechtsextrem-antikapitalistischen NPD. Die rechten Antikapitalisten in der AfD können an eine lange historische Tradition des rechten Antikapitalismus in Deutschland anknüpfen – von der sogenannten „Konservativen Revolution“ bis zum Nationalsozialismus.

Die Kapitalismuskritik der antikapitalistischen Rechten und ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen unterscheiden sich dabei nur graduell von denen der Linken. In der programmatischen Schrift „Solidarischer Patriotismus. Die soziale Frage von rechts“ zitiert Kaiser, der bekannteste Vordenker dieser Richtung, zustimmend immer wieder linke Autoren – von Karl Marx und Friedrich Engels bis Sahra Wagenknecht.

In der Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse stützt er sich auf die Bücher des französischen linken Ökonomen Thomas Piketty (</themen/thomas-piketty/>) oder auf die Arbeiten von Christoph Butterwege, einem Politikwissenschaftler, der 2017 für die Linke für das Amt des Bundespräsidenten kandidierte. Feindbilder sind dagegen „Marktradikale“, „Neoliberale“, „Libertäre“ – beispielsweise Ludwig von Mises, Milton Friedmann oder Friedrich August von Hayek.

Forderung nach Verstaatlichung

Formal bekennen sich linke wie rechte Antikapitalisten zu Marktwirtschaft und Privateigentum, doch gemäß dem „Primat der Politik“ soll der Staat sehr enge Grenzen über die Verfügungsgewalt setzen und der Wirtschaft strikte Vorgaben machen. Teile der Wirtschaft sollen verstaatlicht

werden. Der Verleger Götz Kubitschek, ein anderer Vordenker der antikapitalistischen Rechten (in dessen Verlag auch Kraus sein Manifest „Politik von rechts“ veröffentlicht hat), fordert, „dass der Staat die Grundversorgung in den Bereichen Verkehr, Bankwesen, Kommunikation, Bildung, Gesundheit, Energie, Wohnraum (</wirtschaft/article243172877/Mangel-an-Wohnraum-Buendnis-fordert-Milliarden-fuer-Bau-Die-Situation-am-Wohnungsmarkt-ist-dramatisch.html>), Kultur und Sicherheit als Staat sicherzustellen hat, nicht nur als Ordnungsrahmen rund um private Anbieter, denen es vor allem um die Filetstücke geht“. Die Aufgabe lautet daher „Verstaatlichung bei gleichzeitiger Verschlinkung der Bürokratie“ – wobei er nicht zu erkennen scheint, dass die Bürokratie zwangsläufig umso mehr wuchert, je stärker sich der Staat in die Wirtschaft einmischt.

Kaiser findet, man solle nachdenken über die Verstaatlichung aller Bereiche, der Wirtschaft, die für die Entwicklung des Landes von entscheidender Bedeutung sind, z.B. Schwerindustrie, Chemie und Transportwesen. Auch Elektrizitätswerke, Wasserwerke usw. sollten nicht privat betrieben werden. In Anlehnung an Otto Strasser (</geschichte/article160273085/Im-Radiokrieg-ging-die-SS-bis-zum-Mord.html>), den Anführer der „linken Nationalsozialisten“ in der NSDAP, stellt Kaiser die Idee eines „Erlebens“ zur Debatte, das anstelle des Privateigentums treten könne. Der Staat bliebe demnach alleiniger Eigentümer an Grund und Boden und Produktionsmitteln, überlasse die Bewirtschaftung dem einzelnen „je nach Fähigkeit und Würdigung als Erleben“.

Die sozialpolitischen Tagesforderungen von Leuten wie Kaiser sind deckungsgleich mit denen der Linken bzw. des linken Flügels der SPD. Beide Parteien fordern eine sogenannte Bürgerversicherung (</debatte/kommentare/article171212774/Buergerversicherung-macht-Gesundheitssystem-ungerechter.html>) und auch die Rechten fordern eine Einbeziehung aller in die Sozialversicherungssysteme, Abschaffung von Beitragsbemessungsgrenzen und Ausdehnung auf alle Einkunftsarten, um Besserverdiener sehr viel stärker zu belasten. Selbstverständlich soll auch die Einkommensteuer für Spitzenverdiener erhöht die Vermögensteuer wieder eingeführt werden.

Die antikapitalistischen Ideen würden sicher nicht alle in der AfD unterschreiben, aber vergleicht man die AfD von heute mit ihren Anfängen, dann haben diese Positionen zunehmend an Zustimmung gewonnen.

Rainer Zitelmann ist Publizist. Zuletzt erschien von ihm: „Die 10 Irrtümer der Antikapitalisten“